

## Inhalt

### Wahlen zu Zweit

Meinung ..... 2-3

### Durch das Sonnensystem

Ausflüge & Reisen ..... 4

### Landwirtschaft im Trubel

Wirtschaftübersicht ..... 7

### Fragwürdige

#### Armutsstatistik

Wirtschaftübersicht ..... 8

### Rubriken

Argentinien ..... 1-2

Kultur ..... 5

Wirtschaft ..... 5-8

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 28. März 2009

119. Jahrgang Nr. 31.712

## Mit einer Stimme sprechen

Cristina und Lula unterstreichen Gemeinsamkeiten vor G-20-Gipfel

Buenos Aires (at/mc) - Argentinien und Brasilien wollen beim anstehenden G-20-Treffen in London (2. April) gemeinsame Positionen vertreten. Darauf verständigten sich die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner und ihr brasilianischer Amtskollege Luiz Inácio da Silva bei ihrer Zusammenkunft am 20. März im Gebäude des Industrieverbandes von Sao Paulo. Die Staatshäupter der beiden größten südamerikanischen Länder wollen bei dem Gipfel der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Großbritannien Veränderungen im globalen Finanzsystem vorschlagen, um der weltweiten Krise entgegenzutreten.

Organisationen wie Weltbank und internationaler Währungsfonds bedürften einer grundsätzlichen Reform. Sie müssten ohne Bedingungen solchen Ländern mit Darlehen helfen, die auf dem Weltmarkt keine Kredite erhalten, waren sich Kirchner und Lula einig. In diesem Zusammenhang forderten sie, dass Währungsfonds und Weltbank einen „Rettungsanker“ in Höhe von 30 Milliarden Dollar werfen müssten, um die Schwellenländer in dieser weltweiten finanziellen Dürrephase zu unterstützen. „Wichtig wären Geldmittel, um Infrastrukturprojekte zu unterstützen“, sagte Kirchner. Die internationalen Finanzorgane hätten ihrer Meinung nach die Fähigkeit verloren zu reagieren: Sie seien nicht fähig, Antworten auf die Probleme zu geben, und hätten versäumt, die Krise frühzeitig zu erkennen. Das G-20-Treffen könnte nun der Anlass sein, um zu überprüfen, ob die überstaatlichen Institutionen flexibel genug sind zu erkennen, dass die Welt sich verändert hat.

Vor diesem Hintergrund sagte Lula, dass die internationalen Finanz-



Die Chemie stimmt - Cristina und Lula beim Treffen in Sao Paulo.

organe gegründet worden seien unter der Annahme, wirtschaftliche Probleme würden in den Schwellenländern entstehen - wie etwa bei den Krisen in Asien, Mexiko, Brasilien und Argentinien, die sich ab Mitte der Neunzigerjahre ereigneten. Die Schwellenländer sollten mehr Einfluss und Stimmrecht in den erwähnten Organisationen erhalten. Eine bessere Steuerung der Märkte sowie das Ende für Steuerparadiese sind weitere gemeinsame Positionen.

Kirchner und Lula sind der Meinung, dass ihre beiden Länder nun über sichere Bankensysteme verfügen und in beiden Ländern eine Politik mit sozialer Blickrichtung verfolgt werde, die eine Ausdehnung der heimischen Märkte garantiere. Gleichzeitig habe man die Zusammenarbeit, den bilateralen Handel sowie gemeinsame Exportmaßnahmen in andere Märkte vorangetrieben. „Unsere Länder werden Teil der Lösung der Krise sein“, formulierte Lula.

Auf die Frage nach der Art und Weise, wie man in London die gemeinsamen Positionen aufzeigen wolle, sagte Lula nur, dass man sich darüber lange unterhalten habe und man auch in den nächsten Tagen bei Treffen in Viña del Mar und Katar in engem Kontakt bleiben wolle, um sich abstimmen.

Lula, der kürzlich mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama zusammengestoßen war, hob mit Blick auf den G-20-Gipfel hervor, dass es zwischen seinem Land und den Vereinigten Staaten keine Beschlüsse gebe. Lediglich sei ein Treffen der Wirtschaftsminister vor dem 2. April ins Auge gefasst worden. „Unsere Verabredungen sind mit Argentinien und der G-5-Gruppe“, machte Lula deutlich, wo Brasilien steht. Zu dieser Gruppe zählen auch Mexiko, China, Indien und Südafrika.



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

## WOCHENÜBERSICHT

### Inés Weinberg UN-Richterin

Die argentinische Juristin deutscher Eltern Inés Weinberg de Roca wurde von den Vereinten Nationen als Richterin des Berufungsgerichtes der UNO ernannt. Dr. Weinberg studierte Jura an der Universität von Buenos Aires, bekleidete in den 90er-Jahren zunächst das Amt einer Zivilrichterin und arbeitete als Beraterin für internationales Recht im Außenministerium. Von 2003 an leitete sie in Arusha (Tansania) das Internationale Sondertribunal für Kriegsverbrechen in Ruanda und wurde kurz darauf auch ständige Richterin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag für die Verbrechen im früheren Jugoslawien. Nach Ablauf ihrer Amtszeit kehrte sie nach Buenos Aires zurück und bewarb sich für das UN-Berufungsgericht in New York, wo die 60-Jährige unter 250 Bewerbern mit anderen sechs Juristen ernannt wurde. Dr. Weinberg schrieb früher als Mitarbeiterin des "Argentinischen Tageblatts" die Juristische Ecke. Sie ist mit dem Rechtsanwalt Dr. Eduardo Roca verheiratet und hat einen Sohn.

### Tausend neue Polizisten

Die ersten tausend Polizisten der Stadt Buenos Aires werden im

kommenden Oktober einsatzbereit sein. Bisher haben sich 8688 Bewerber gemeldet, von denen 5371 unerfahren sind. Die übrigen Polizisten entstammen anderen Bezirken. Etwa 500 ausgebildete Polizisten werden von Mai bis August vorbereitet, ehe sie einsatzfähig sind. Spätestens im November sollen weitere 500 Polizisten ohne vorherige Ausbildung ebenfalls einsatzfähig sein, wie Justizminister Guillermo Montenegro von der Stadtregierung erläuterte. Vorher muss die Stadtregierung mit der nationalen Bundespolizei vereinbaren, wie sich die Befugnisse der Stadt- und Bundespolizei verteilen.

### Wahlhelfer

Laut Nicolás Dean, Sekretär der nationalen Wahlkammer, werden für die kommenden Wahlen freiwillige Helfer für die Wahltsche rekrutiert werden. Dadurch sollen die Vorsitzende der Wahltsche nominiert werden, ohne dass sich viele nicht melden, wie es bei den letzten nationalen Wahlen geschah. Ernannt werden Freiwillige, die das Alter, die Ausbildung und gegebenenfalls den Beruf ausweisen, ohne dass sie Mitglieder einer Partei sind. Freiwillige können sich möglicherweise ab Anfang April in einem nationalen Register melden. Als Vergütung

seien hundert Pesos vorgesehen. Für die landesweiten Wahlen werden 74.000 Wahltsche eingesetzt, für die rund 150.000 Wahlhelfer vonnöten sind. Es soll verhindert werden, dass Wahlzettel verschwinden, wie es das letzte Mal vielerorts geschah.

### CGT: Arbeitslosengeld verdoppeln

Die Gewerkschaftszentrale CGT forderte von der Regierung die Verdoppelung des Arbeitslosengeldes auf 800 Pesos im Monat. Das Arbeitslosengeld wird von der Sozialstelle ANSES mit einem Beitrag auf Löhne und Gehälter finanziert und erwirtschaftet laufend Überschüsse, mit denen Schatzscheine erworben werden. Derzeit kassieren 125.000 Arbeitslose die Unterstützung, ein Bruchteil der angenommenen 1,3 Millionen Arbeitslosen. Die Arbeitslosen beziehen die Hälfte ihres Durchschnittslohns der letzten sechs Monate, mindestens 250 Pesos bzw. maximal 400 Pesos. Das Arbeitslosengeld wird je nach Dienstalter zwei Monate bis zu einem Jahr bei drei Jahren Dienstzeit und fristloser Entlassung ausbezahlt.

### Riachuelo-Stillstand

Neun Monate nach dem Spruch des Obersten Gerichtshofs, der der

Regierung vorschrieb, einen Plan auszuarbeiten und auszuführen, um den Fluss Riachuelo endlich zu säubern, monierte Ombudsmann Eduardo Monino den Rückstand und kennzeichnete die Regierungspolitik als reine Heuchelei, weil kaum Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Staatsstelle Acumar, die sich mit der Säuberung des Beckens der Flüsse Matanza und Riachuelo befasst, konterte mit einer Erklärung, in der sie ihre Absicht verkündet, den Müll und Schiffswracks unter Wasser zu entfernen und Kläranlagen für 400.000 Menschen einzurichten. Der Bericht betrifft 14 Gemeinden in der Region und zählt die Arbeiten zur Sanierung auf, die unterwegs sind.

### Menem verklagt

Bundesrichter Norberto Oyabide hat einen Prozess gegen Ex-Präsident Carlos Menem wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe der Konzessionen für Mobilfunknetze an das französische Unternehmen Thales Spectrum eingeleitet. Der Richter sperrte 200 Millionen Pesos aus dem Vermögen Menems. Unter Präsident Néstor Kirchner wurde die Konzession 2005 rückgängig gemacht. Menem bezeichnete den Prozess als "politische Verfolgung". (AT/RTA)

## Für baldige Verurteilungen

Buenos Aires (AT/RTA) - Der 33. Jahrestag der letzten Militärregierung am 24. März 1977, der zum nationalen Feiertag erklärt worden ist, an dem nicht gearbeitet wird, wurde mit Aufmärschen zahlreicher Organisationen gefeiert, die sich am Nachmittag auf der Plaza de Mayo einfanden. Menschenrechtsorganisationen wie H.I.J.O.S., Mütter und Großmütter, Brüder, das Zentrum für gesetzliche und soziale Studien CELS und andere marschierten auf der Avenida de Mayo in Richtung zum Regierungspalast, wo sie skandierten, ihre Schilder zeigten und Protest erhoben, weil bisher nur 44 Urteile gegen Militärs gefällt worden sind, wobei 526 Prozessierte der Urteile harren, 44 gestorben und 100 flüchtig sind. Wieviele Jahrzehnte muss man warten, lautete die rhetorische Frage, bis alle Schuldigen verurteilt werden.

Zur Unterhaltung wurden Tanz und Musik geboten. Fünzig weiß gekleidete Tänzerinnen der Tanzschulen La Chilinga und Daniel Buira zeigten ihre Kunst im Rhythmus der Batucadas. Auch Gewerkschaftsvertreter der Zentrale CTA machten mit, ebenso Mitglieder anderer Menschenrechtsorganisationen, darunter Juventud Peronista, Libres del Sur, La Cámpora, Frente Transversal, ebenso Vereinigungen, die nicht auf das Kirchner-Ehepaar hören, darunter die Anhänger des Bürgermeisters von Morón Martín Sabatella, das Proyecto Sur des Filmemachers Pino Solanas und Mitglieder der kommunistischen Partei.

Die Mitglieder der gewalttätigen Organisation Quebracho, die sich auch etwas später meldeten, sorgten wie üblich für Unruhen. Sie kamen vermunnt und mit Holzschlägern zur Szene und inszenierten Schlägereien.

## Wahlen zu Zweit

Mit der Vorverlegung der landesweiten Parlamentswahlen vom 25. Oktober auf den 28. Juni 2009 hat sich die politische Szene in Argentinien deutlich verändert. Bis zur Vorwoche, als das gesetzliche Wahldatum vom 25. Oktober galt, hatten die maßgebenden Politiker der Oppositionsparteien sowie der regierenden Koalition mehrere Monate Zeit, um ihre Wahlvorbereitungen zu beenden und gegebenenfalls Allianzen abzuschließen. Es ging dabei wie üblich um die Kandidatenlisten für Nationaldeputierte, Provinzparlamentarier und Gemeinderäte, abgesehen von zwei Senatskandidaten in acht Provinzen.

Jetzt gebietet die Eile. In nur wenigen Wochen müssen laut Wahlkalender die Allianzen bei den Wahlgerichten eingeschrieben und später die zahlreichen Kandidatenlisten aufgestellt werden. Bis zur Vorwoche galt in den größten Gliedstaaten, zumal in Buenos Aires Stadt und Provinz, die Möglichkeit einer Wahl zu Dritt, indem die Regierungskoalition mit oder ohne Néstor Kirchner als Spitzenkandidat in der Provinz Buenos Aires gegen zwei Allianzen antreten würde. Eine würde entstehen aus der sogenannten Bürgerlichen Koalition von Elisa Carrió mit den UCR-Radikalen, den Abtrünnigen Margarita Stolbizer in der Provinz Buenos Aires und den Gefolgsleuten des Vizepräsidenten Julio Cobos sowie den Sozialisten in Santa Fe und der Stadt Buenos Aires und kleinerer Provinzparteien. Die andere würde geführt vom Pakt der dissidenten Justizialisten Felipe Solá und Francisco de Narváez mit Regierungschef Mauricio Macri für PRO. Ihnen geht es vor allem um die Wahlen in der Provinz Buenos Aires, mit Abstand der wählerreichste Distrikt im Land. Diese Provinzwahl gilt im politischen Jargon als die Wahlschlacht aller Wahlschlachten.

Mit der Vorverlegung der Wahlen verkürzen sich die Fristen um fast vier Monate. Als Novum erschien in der politischen Szene die Alternative eines Zusammenschlusses aller Oppositionsparteien, indem sie gemeinsame Kandidatenlisten aufstellen und der Kirchner-Allianz Paroli bieten. Tatsächlich deuten die wenigen Wählerumfragen, die bisher ermittelt worden sind, auf einen Wahlsieg der Opposition mit gemeinsamen Kandidatenlisten gegen die Kirchner-Koalition, in deren Mittelpunkt die traditionelle Justizialistische Partei wirkt.

Gemeinsame Kandidatenlisten würden heißen, dass in der Stadt und Provinz Buenos Aires dissidente Justizialisten zusammen mit UCR-Radikalen auftreten, sicherlich ein sowohl für die einen wie die anderen schwer zu verdauender Vorschlag, sind doch beide Volksparteien seit sechzig Jahren die parteipolitischen Alternativen, die Argentinien regieren. Noch schwieriger gestaltet sich die Einbindung der Bürgerlichen Koalition mit PRO in der Stadt und den dissidenten Justizialisten in der Provinz, denen nachgesagt wird, dass Expräsident Eduardo Duhalde hinter den Kulissen der Macher dieser Absprache ist, damit gemeinsam Expräsident Néstor Kirchner wahlpolitisch entmachtet werden kann und die Aussicht auf dessen Wiederwahl als Präsident im Jahr 2011 zunichte gemacht wird.

Elisa Carrió opponiert frontal gegen jegliche Absprache mit Macri und Duhalde. Sie führt moralische Gründe an, die sie zwar nicht näher erläutert, ihr aber erlauben, beide Politiker zu disqualifizieren. Sie agiert wie es traditionell Oppositionspolitiker tun, die die Präsidentschaft im Auge haben. Für solche Politiker gibt es keinen schlimmeren Gegner als ein anderer Oppositionspolitiker, nicht etwa die Regierung, gegen welche opponiert wird. Carrió behauptet zwar, sie habe ausgespielt und sei nicht an der Präsidentschaftskandidatur interessiert, erwähnt sich aber stets als Präsidentin, die die Moral in Argentinien herstellt.

Solange Carrió ihr Veto gegen gemeinsame Kandidatenlisten durchsetzt, werden die Parlamentswahlen am 28. Juni zu Dritt ausgefochten werden. Néstor Kirchner wird dann sicherlich als Sieger der ersten Minderheit herauschauen, während sich die beiden anderen Minderheiten mit dem zweiten bzw. den dritten Platz begnügen müssen. Gemeinsam wären sie Wahlsieger, zu Dritt Verlierer, damit sich Elisa Carrió nachher um die Präsidentschaftskandidatur ihrer Bürgerlichen Koalition bemühen kann, derweil sie mit moralischen Argumenten das Gegenteil behauptet. Bei der Politik dreht es sich um die Macht. Die Moral interessiert die meisten Wähler herzlich wenig, weil sie damit nichts anfangen können.

## Klaus-Phobien

Von Stefan Kuhn

Natürlich ist es nicht gerade ideal, wenn mitten in der Weltwirtschaftskrise der EU-Ratspräsident knapp vor der Hälfte seiner Amtszeit gestürzt wird. Schlimm ist es aber auch nicht, denn Tschechien hat in den ersten drei Monaten seiner Ratspräsidentschaft noch nicht viel bewirkt. Am aufsehenerregendsten war noch der Streit um eine tschechische Skulptur, durch die sich Bulgarien beleidigt fühlte. Dem tschechischen Regierungs- und EU-Chef Mirek Topolanek fiel nichts besseres ein, als sich für das Kunstwerk zu entschuldigen. EU-Politik wurde von anderen gemacht: von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Viel erwartet hatte wohl eh keiner von der tschechischen Ratspräsidentschaft. Der Konservative Topolanek gilt nicht gerade als EU-Fanatiker, Staatspräsident Vaclav Klaus, der der gleichen Partei (ODS) entstammt, ist ein erbitterter EU-Gegner. Politische Beobachter gehen sogar davon aus, dass Klaus die Demontage Topolaneks eingefädelt hat. Der Ministerpräsident, der eine Minderheitsregierung von Konservativen, Christdemokraten (KDU) und Grü-

nen anführt, hat mit Hilfe von abtrünnigen Sozialdemokraten bereits vier Misstrauensvoten überstanden. Beim fünften ging er unter. Auch weil zwei Abgeordnete seiner eigenen Partei, die als Klaus-Anhänger gelten, gegen ihn stimmten.

Das Schlimmste an der Sache ist Staatspräsident Klaus. Nur er darf einen anderen mit der Regierungsbildung beauftragen. Dafür hat er unbeschränkt Zeit. Bis zur Wahl eines von ihm vorgeschlagenen Kandidaten im Parlament bleibt die jetzige Regierung geschäftsführend im Amt. Vermutlich wird er nur Politiker mit der Regierungsbildung betrauen, die seinen EU-feindlichen Kurs unterstützen. Es könnte aber auch sein, dass ein Ministerpräsident auf Abruf für die nächsten drei Monate die EU führt. So oder so, ein übleres Geschenk hätte Klaus seinen Feinden in Brüssel kaum machen können.

Topolanek könnte zwar mit Hilfe der Opposition im Parlament Neuwahlen erzwingen, aber ob die Sozialdemokraten da mitspielen, ist fraglich. Sie fordern im Angesicht der Wirtschaftskrise eine Expertenregierung, wohl ahnend,

dass sie bei Neuwahlen eventuell nicht profitieren werden. Es könnte durchaus sein, dass ihnen die Wähler den Sturz Topolaneks, den Bruch des während der EU-Präsidentschaft versprochenen Burgfriedens mit der Regierung übelnehmen.

Ärgerlich für die EU ist aber weniger, dass ihr jetzt eine „lahme Ente“ vorsteht, die war schon zuvor flügellos. Nicht nur in Brüssel befürchtet man aber, dass die Verabschiedung des Lissabon-Vertrags noch weiter verzögert wird. Tschechien ist das letzte Land, das über den Vertrag, der die Entscheidungsfähigkeit der Union verbessern soll und die Aufnahme neuer Mitglieder möglich macht, noch nicht entschieden hat. Es fehlt noch die Zustimmung des Senats und die notwendige Unterschrift des tschechischen Präsidenten. Wenn Klaus die führerlose ODS wieder unter Kontrolle bringt, könnte der Vertrag scheitern. Dann hilft es auch nicht, wenn ihn die Iren in einer zweiten Volksabstimmung Ende des Jahres annehmen. Dann können die Europäer nur darauf warten, dass die Tschechen 2013 vernünftig werden, wenn Klaus' Amtszeit ausläuft.

## Randglossen

**Der politische Coup, die Landesweiten Parlamentswahlen vom 25. Oktober auf den 28. Juni vorzulegen, ist den Kirchners gelungen. Knapp zwei Tage vor dem Termin, der für den Wahlkalender (Allianzen, Kandidaten- und Wählerlisten) vorgeschrieben ist, hat der Senat mit der bequemen Mehrheit von 42 gegen 26 Stimmen das in der Vorwoche von der Deputiertenkammer gebilligte Gesetzesprojekt verabschiedet. Erst jetzt beginnt der Wahlkampf, den das Ehepaar Kirchner freilich mit nahezu täglichen Brandreden gegen die Opposition längst ein-**

**geleitet hat, der sie unterstellt, nur für die Reichen regieren zu wollen, wogegen sich die Kirchners um die Armen kümmern. Laut Umfragen liegen die Kirchnerkandidaten unter 40 Prozent, so dass es offenbar mehr Wohlhabende als Arme in Argentinien gibt, die nicht bereit sind, auf die Vereinfachung der Kirchners einzugehen.**

**Zeitgleich mit der politischen Auseinandersetzung über die Vorverlegung der Wahlen tobt im Land der Kampf der Landwirte gegen die konfiskatorischen Exportzölle von 35 Prozent für Sojaprodukte.**

Nachdem Präsidentin Cristina Kirchner den Sprechern der Landwirte eine formelle Absage über die Senkung der Exportzölle erteilt hat, verfügte die vierköpfige Agrarkommission eine sieben-tägige Verkaufssperre von Getreide und Fleisch, die mit Straßensperren in verschiedenen Punkten des Landes durchgesetzt und von den Landwirten auch weitgehend eingehalten wurde. In der Folge purzelte der Peso am Devisenmarkt um einige Centavos mangels genügendem Angebot von Exportdollars und anhaltender Kapitalflucht, während es an einigen Sperrpunkten zu Handgemengen

kam. Die Landwirte bedrängen den Kongress, damit dort per Gesetz die Exportzölle gesenkt werden, freilich ohne die geringste Aussicht auf einen Erfolg, würde doch die Exekutive ein solches Gesetz sicherlich mit einem Veto durchkreuzen. Landwirte und Regierung treten somit weiter auf der Stelle wie seit März 2008, als die variablen Exportzölle erlassen wurden.

**Das ist nun schon ein bisschen frech, wenn nicht sogar „fast gewissenlos“. So nämlich hat der republikanische Senator und Finanzexperte Judd Gregg**

die neue Rekordverschuldung im Staatshaushalt 2010 von Obama genannt. Man kann sich darüber streiten, ob astronomische Finanzhilfen des Staates an angeschlagene Unternehmen wirklich sinnvoll sind, aber die Rekordverschuldung hat Obamas Vorgänger und Greggs Parteigenosse George W. Bush verursacht. Und das ohne Not. Mit Steuergeschenken an Großver-

diener, unnötigen Militärprojekten und Kriegen hat Bush die Staatsverschuldung der USA in acht Jahren fast verdoppelt. Obama hat wenigstens einen Grund, Schulden zu machen.

Oh Ueli! Das war ja sehr konsequent. Nur zwei Tage nach der Erklärung, seinen Dienst-Mercedes nicht mehr nutzen zu wollen, ruderte der Schweizer Vertei-

gungminister Ueli Maurer zurück. Der Politiker der rechtspopulistischen SVP hatte den Schritt aus Protest gegen den deutschen Finanzminister Peer Steinbrück angekündigt, der einen öffentlichen Privatkrieg gegen das Steuerparadies Helvetien führt. Maurer ließ sich zwei Tage lang im Luxuswagen einer anderen Marke durch die Gegend kutschieren, und erklärte dann, er werde sein

Gefährt aus deutscher Fabrikation wieder nutzen. Das kann man auch dahingehend interpretieren, dass dem Minister der Verzicht zu unbequem geworden ist. Boykotte sind manchmal eine sinnvolle Sache, aber vielfach auch nur dumm. Vergleichbar wäre etwa, wenn Steinbrück so lange keinen Schweizer Käse mehr isst, bis die Eidgenossen das Bankgeheimnis aufheben.

## AUSFLÜGE UND REISEN

# Spazierfahrt durch das Sonnensystem

In der ersten Stadt des 21. Jahrhunderts, in Ciudad de La Punta nördlich der Provinzhauptstadt San Luis, erstrahlt im Sonnenlicht die 20 Meter im Querschnitt messende weiße Kuppel des Planetariums. Sie symbolisiert in Form und Dimension das Zentralgestirn unseres Planetensystems und ist Teil des Parque Astronómico La Punta (PALP) innerhalb des Lehrprogramms Coelum.

Erdacht und entworfen wurde das Projekt von der in derselben Stadt residierenden Universidad de La Punta (ULP) anlässlich des 2009 stattfindenden Internationalen Jahres der Astronomie, das von der UNESCO unlängst in Paris offiziell eingeleitet wurde.

Die Idee besteht darin, dem breiten Publikum die ungeahnten Ausmaße des Sonnensystems bildlich vor Augen zu führen. Während in La Punta als Zentrum des Systems die weiße Kuppel des Planetariums erstrahlt, sind über die ganze Provinz San Luis Planeten, Monde und Kometen in verhältnismäßigen Abständen an verschiedenen Orten verteilt.

Erst so kann sich der Erdenbürger eine Vorstellung von den kosmischen Dimensionen machen, die das Sonnensystem charakterisieren.

Man entdeckt die künstlerischen Verkörperungen der Himmelskörper an den am wenigsten erwarteten Stellen. So findet man eine Darstellung (insgesamt zwanzig, von lokalen Künstlern im Wettbewerb entworfen) von Saturn in Alto Pencoso auf dem Weg nach Mendoza, Jupiter im Thermalbad El Balde, und Merkur in La Punta. Eine Versinnbildlichung von Pluto, dem letzthin als Planeten verstoßenen Sonnenstrahlanten im äußersten Gürtel, kann man in Nueva Galia sehen, rund 250 Kilometer von San Luis im extremen südöstlichen Winkel der Provinz. Jupiter begrüßt in Eleodoro Lobos und Venus in La Punta selbst -



Planetarium de la Punta.

auf Plätzen, an Straßen und an Felswänden, unübersehbar.

Andere Verkörperungen liegen näher. Erde und Mond sieht man an Felswänden modelliert nahe von Potrero de los Funes. Uranus findet man in Merlo wieder, und den Mars in Juana Koslay.

Man erblickt einen Kometen in Naschel und einen Asteroiden in

Trapiche und erlebt so auf Schritt und Tritt das ganze planetarische Universum mit seinen Mitgliedern, seinen Umlaufbahnen, seinen relativen Entfernungen.

Im Herzen des Themenparks in Ciudad de La Punta funktioniert neben einem modernen Planetarium auch ein astronomisches Observatorium, wofür sich die Gegend mit ihrem sternklaren Nachthimmel besonders eignet, und zudem besucht ein rollendes Planetarium die Ortschaften im Inneren der Provinz.

San Luis ist heute einer der fortschrittlichsten Gliedstaaten Argentiniens.

Marlú



Planeten mit Monden an Felswänden in San Luis.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

[www.allesdeutsch.com.ar](http://www.allesdeutsch.com.ar)

...für alle, die es deutsch mögen.



**Flyer**  
**Lufthansa**  
**City Center**

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.04447

Av. Fondo de la Legua 425

(B1609JEE) San Isidro

Tel.: (54 11) 4512-8100

E-mail: [info@flyer.com.ar](mailto:info@flyer.com.ar)

[www.flyer-de.de](http://www.flyer-de.de)

# Eine Woche Filmkunst pur

## 11. Unabhängiges Kinofest BAFICI eröffnet

Buenos Aires (AT/SF) - Am Donnerstag ist die 11. Ausgabe des Independent-Kinofestivals von Buenos Aires im Teatro 25 de Mayo eröffnet worden. Bis zum 5. April werden in 20 Sälen an sieben Veranstaltungsorten 417 Filme gezeigt. Insgesamt stehen 1069 Aufführungen auf dem Programm.

Als Eröffnungsfilm lief die gerade auf der Berlinale mehrfach ausgezeichnete uruguayisch-argentinische Koproduktion "Gigante" von Adrián Biniez.

Stadt-Kulturminister Hernán Lombardi betonte in seiner Ansprache die Bedeutung des BAFICI für die Kulturszene von Buenos Aires, während Festivalchef Sergio Wolf die Welturaufführungen von 20 ar-



Informationen: 0-800-333-7848 oder [www.festivales.gov.ar](http://www.festivales.gov.ar).

gentinischen Filmen hervorhob. "Das argentinische Kino findet weltweit große Beachtung", sagte Wolf stolz.

Das 11. BAFICI findet im Hoyts Abasto, Atlas Santa Fe, Leopoldo Lugones-Saal, Alianza Francesa, Malba, Teatro 25 de Mayo und dem Artepex Caballito statt. Im neuen "Espacio BAFICI" in der Guardia Vieja 3332 ist der Meeting Point, und Freilichtkino wird im Pasaje Carlos Gardel (Anchorena Ecke Jean Jaurès) und der Plaza San Martín de Tours (Pje. Schiaffino Ecke Posadas) angeboten. Karten zu 8 bzw. ermäßigt 6 Pesos gibt es im Internet unter [www.festivales.gov.ar](http://www.festivales.gov.ar) oder an den jeweiligen Theaterkassen. Weitere

## LATEINAMERIKANISCHE WIRTSCHAFT

**Um die Erdölbaisse finanziell auszugleichen, wird die Regierung von Venezuela den Satz der MwSt. von 9% auf 12% erhöhen und ausserdem Geld auf dem Kapitalmarkt in Höhe von u\$ 15,8 Mrd. aufnehmen, etwa drei Mal so viel wie 2008.**

\*\*\*

**Die venezolanische Filiale der US-Bank Stanford konnte bei einer Versteigerung nicht verkauft werden, nachdem ein einziger Anbieter, die Firma Italcambio, nur u\$ 56 Mio. geboten hatte, was weniger als der festgesetzte Mindestpreis war. Die Regierung von Venezuela hatte die Bank beschlagnahmt, nachdem die US-Regierung den Besitzer in den USA wegen Betrug (ähnlich wie im Fall Madoff) angeklagt hatte.**

\*\*\*

**Der Schweizer Zementkonzern Holcim klagt gegen Venezuela.** Das Unternehmen hat vor dem Internationalen Schiedsgericht der Weltbank (ICSID) Klage eingereicht, weil der südamerikanische Staat Holcim nicht für die Enteignung der seit 1978 in Venezuela tätigen Tochtergesellschaft entschädigt haben soll. Holcim beruft sich vor dem internationalen Gericht in Washington auf ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Vene-

zuela aus dem Jahr 1993. Weil Venezuela dieses Abkommen verletzt habe, verlangt der Zementkonzern eine Entschädigung in Höhe des Marktwerts der Holcim-Tochter zum Zeitpunkt der Enteignung. Venezuela hatte im vergangenen Jahr die gesamte Zementindustrie verstaatlicht. (dpa)

\*\*\*

**Der Präsident von Petrobras, José Sergio Gabrieli, erklärte, dieses brasilianische Erdölunternehmen werde 2020 mit einer Tagesförderung von 5,23 Mio. Barrel, mehr als doppelt so viel wie jetzt, eines der grössten Erdölunternehmen der Welt sein.** Petrobras beabsichtigt in der Periode 2009/13 insgesamt u\$ 174 Mrd. zu investieren, die vornehmlich mit Krediten finanziert werden sollen.

\*\*\*

**Der Wirtschaftsminister von Venezuela, Alf Rodríguez, erklärte, die Bank "Banco del Sur" werden unmittelbar in Betrieb genommen, mit einem Kapitalbeitrag von je u\$ 2 Mrd. von Argentinien, Brasilien und Venezuela, plus Beiträgen von u\$ 100 Mio. von Bolivien, Ecuador, Uruguay und Paraguay. Insgesamt soll das Kapital u\$ 10 Mrd. betragen.** Indessen bestehen grosse Zweifel über die finanziellen Möglichkeiten der Staaten, die diese Bank bilden, und auch über die

Aussichten, dass die Bank dann weitere Mittel auf dem internationalen Kapitalmarkt aufnehmen kann. Ohne dies wäre diese Bank für die Gründerstaaten kein Geschäft, da sie dann bestenfalls ihren Kapitalbeitrag in Form von Krediten zurück erhalten würden. Argentinien ist rein budgetmässig nicht in der Lage, u\$ 2 Mrd. für diesen Zweck aufzubringen. Man kann annehmen, dass es sich um eine weitere Phantasie handelt, wie die Gasleitung von Venezuela nach Argentinien.

\*\*\*

**Das Defizit der Leistungsbilanz von Brasilien lag im Februar mit u\$ 591 Mio. weit unter dem von u\$ 2,75 Mrd. vom Januar.** Die Handelsbilanz wies im Februar einen Überschuss von u\$ 1,77 Mrd. aus, nach einem Defizit von u\$ 518 Mio. im Januar.

\*\*\*

**Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) hat 2008 Verluste in einer Grössenordnung von u\$ 1 Mrd. erlitten, weil sie 60% ihrer Barreserven in Obligationen angelegt hat, die mit schlechten Hypotheken gesichert waren.** Zu diesem Schluss ist die Consulting-Firma Marsh and McLennan gelangt, die vom Vorstand der Bank zwecks interner Kontrolle verpflichtet worden war.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,71, um 1,09% über der Vorwoche und um 6,92% über Ende Dezember.** Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.6.09 bei \$ 3,781, zum 30.9.09 bei \$ 3,888, zum 30.12.09 bei \$ 3,985 und zum 31.3.10 bei \$ 4,094. Für ein volles Jahr liegt der Kurs somit um 10,65% höher, was unter dem Zinssatz liegt, den lokale Banken für grössere Depositen zahlen. Der niedrige Terminkurs wird u.a. durch ZB-Verkäufe herbeigeführt, wobei die ZB nicht bekanntgibt, wie hoch der Betrag ist, den sie auf Termin verkauft hat, den man im Prinzip von den Reserven abziehen muss. Private Wirtschaftler sprechen von etwa u\$ 10 Mrd.

\*\*\*

**Der Merval-Aktienindex stieg in einer Woche zum Donnerstag um 8,59% und ab Ende 2008 um 8,50%.**

\*\*\*

**Die Notierungen der Staatspapiere, die 2005 aus der Umschuldung hervorgegangen sind, sind in einer Woche zum Donnerstag allgemein stark gefallen.** Par-Bonds in Pesos fielen in einer Woche um 1,92% und seit Ende Dezember um 28,42%, Discount-Bonds in Pesos um 12,73%, bzw. 35,90%, Boden 2014 (in Dollar) um 5,45% (bei einer Zunahme von 2,63% ab Ende

2008), Boden 2012 (in Dollar) sanken um 9,49%. bzw. 13,59% und Boden 2013 (in Dollar) um 5,07%, bzw. 4,80%.

\*\*\*

**Die Währungsreserven der ZB lagen zum 13.3.09 bei u\$ 46,97 Mrd., um 0,42% unter dem Stand, den sie vor 30 Tagen hatten und um 1,26% über Ende 2008.** Der Notenumlauf lag mit \$ 77,71 Mrd. um 2,03% niedriger als vor 30 Tagen und um 7,59% unter Ende 2008.

\*\*\*

**Die gesamten Pesodepositen des Bankensystems lagen zum 13.3.09 bei \$ 204,42 Mrd., um 0,70% niedriger als vor 30 Tagen und um 0,58% unter Ende 2008.** Im Laufe des Jahres 2009 nahmen Girodepositen um 10,98% und Spardepositen um 6,51% ab, während Fristdepositen um 13,08% stiegen.

\*\*\*

**Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden der Börse von Buenos Aires letzte Woche zu 14,44% diskontiert (Vorwoche: 14,82%), auf 60 Tage zu 15,32% (17,01%), auf 90 Tage zu 17,16% (18,25%), auf 120 Tage zu 18,52% (19,08%), auf 180 Tage zu 19,88% (22,37%) und auf längere Fristen zu 23,3% (24,5%).**

\*\*\*

**Gold wurde in Buenos Aires (Banco Ciudad) letzte Woche bei 18 Karat zu \$ 72,59 je Gramm gehandelt (Vortwoche:\$ 72,22), bei 24 Karat zu \$ 125,30 (124,70).**

\*\*\*

**Wie bekannt wurde, wird die Schatzkanzlei ("Procuración del Tesoro") bestimmen, dass die Gelder, die im Rahmen des neuen Gesetzes weissgewaschen werden, nicht von der Strafgesetzgebung der Devisenbewirtschaftung erfasst werden. Im Text des Gesetzes war versäumt worden, dies ausdrücklich festzulegen.**

\*\*\*

**AFIP-Direktor R. Echegaray erklärte, bisher hätten sich bei der Vermögenslegalisierung vornehmlich Kapitalien gemeldet, die sich schon im Land befinden, so dass kaum eine Rückkehr von Auslandsguthaben stattgefunden hat.**

\*\*\*

**Die Regierung hat Miguel Eduardo Mirmi zum Direktor von "Transportadora de Gas del Sur" (TGS) ernannt, an der das ANSeS mit 22% des Kapitals beteiligt ist. Es handelt sich um die zweite Ernennung dieser Art. Es fehlen noch weitere, bei Unternehmen, an denen das ANSeS über 20% hält. Man fragt sich, ob dies Sinn hat, nachdem das ANSeS diese Aktienpakete so bald wie möglich verkaufen sollte, um den verpflichteten Zahlungen an Rentner nachzukommen, die voraussichtlich stark zunehmen. Das ANSeS ist kein Investment-Fonds, sondern ein Amt, das sich ausschliesslich mit Renten u.a. sozialen Leistungen befasst.**

\*\*\*

**Die Bundesberufungskammer für Verwaltungsangelegenheiten hat die staatliche Intervention von "Transportadora de Gas del Norte" (TGN) aufgehoben, die verfügt worden war, nachdem das Unternehmen die Zahlungen eingestellt hatte. Das Urteil weist darauf hin, dass diese Intervention von Enargas unbegründet ist, und dem Unternehmen einen schweren Schaden zufügen könnte. Ferner wird darauf hingewiesen, dass der Interventor Roberto Pons sich nicht mehr als Mitverwalter betätigen darf, sondern sich auf die Kontrolle der Gasversorgung beschränken muss, die als öffentlicher Dienst eingestuft wird und somit nicht unterbrochen werden darf.**

\*\*\*

**Der Präsident des Landwirtschaftsverbandes "Federación Agraria Argentina", Eduardo Buzzi, plädierte letzte Woche erneut für differenzielle Exportzölle auf Sojabohneexporte. Kleine Landwirte sollen ganz ausgenommen werden, mittlere zum Teil, und die zehntausend Grossen, die laut ihm 60% der Sojabohne erzeugen, sollen den vollen Zollsatz zahlen. In der Tat lässt sich dies jedoch nicht verwalten, da der Exportzoll nicht vom Landwirt, sondern vom Exporteur gezahlt wird, der oft von einem Getreidehändler ("acopiador") kauft, der ihm nicht sagen kann, wer die Sojabohne geliefert hat. Ausserdem ergibt sich ein weiteres Problem bei Sojabohne, die an die lokalen Ölfabriken verkauft wird. Auch eine Rückgabe des Betrages an Landwirte, die bis zu einer bestimmten Menge produzieren, wäre sehr kompliziert und würde Betrugsmanöver anspornen.**

\*\*\*

**Laut INDEC lagen die Löhne und Gehälter im privaten Bereich im 4. Quartal 2009 um 31,3% über der gleichen Vorjahresperiode. Die höchsten Zunahmen entfallen auf Lehrer von Privatschulen und Bergbauarbeiter. Im ganzen Jahr 2008 lagen die Löhne und Gehälter durchschnittlich um 29,3% über 2007. Die Zahl der Arbeitsplätze im privaten Bereich stieg um 5,6% auf 5,8 Mio. Die Beamtengehälter lagen 2008 um 27,2% über 2007. Was die Provinzen betrifft, so lag das höchste Durchschnittsgehalt 2008 in Santa Cruz mit \$ 5.726 monatlich, und das niedrigste in Santiago del Estero mit \$ 2.103.**

\*\*\*

**Der Wirtschaftler Nadin Argañaraz, Präsident des argentinischen Institutes für Fiskalanalyse (IARAF), weist in einem Artikel in der Zeitung "El Cronista" (23.3.09) darauf hin, dass bei den Provinzen für 2009 ursprünglich mit einem Gesamtdefizit von \$ 12 Mrd. gerechnet wurde, das jetzt durch die Übertragung von 30% des Erlöses des Exportzoll auf Sojabohne und deren Produkte, etwa halbiert wird. Die Provinzen haben keine Möglichkeit, die Einnahmen aus eigenen Steuern wesentlich zu erhöhen, und haben auch keinen Zugang zum Kapitalmarkt. Somit verbleibt grundsätzlich nur die Möglichkeit, dass der Nationalstaat die fehlenden Mittel beiträgt. Aber dieser steht dieses Jahr auch unter Druck. Somit werde damit gerechnet, dass mehrere Provinzen wieder zur Ausgabe von "Quasigeld" in Form von Wechseln greifen, die auf kleinere Beträge lauten und übertragbar sind.**

\*\*\*

**Das Staatsunternehmen AYSA, das auf der Grundlage der Rückverstaatlichung von Aguas Argentinas S.A. (mit der französischen Suez als Mehrheitsaktionär) vor drei Jahren entstand und sich mit der Wasserversorgung und -entsorgung in der Bundeshauptstadt und Umgebung befasst, meldet, dass es in dieser Periode Investitionen für \$ 1,02 Mrd. durchgeführt hat, was erlaubt hat, etwa 500.000 Menschen mit fliessendem Wasser zu versorgen, wobei 1.900 Km Röhren verlegt wurden. Die Finanzierung entfiel auf das Schatzamt, während vorher die private Aguas Argentinas sich die Mittel selbst besorgte. Ausserdem musste das Schatzamt das reine Be-**

triebsdefizit decken, das für 2009 auf \$ 400 Mio. veranschlagt wird. AYSA hat grossangelegte Investitionspläne angekündigt, die dem Schatzamt voll zur Last fallen, das jedoch 2009 nicht in der Lage sein wird, sie zu finanzieren. Eventuell können auch Kredite der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank für diesen Zweck in Frage kommen.

\*\*\*

**Das US-Erdölunternehmen Apache hat mit der Regierung der Provinz Neuquén eine Verlängerung der Konzession für die ihr zugeteilten Erdölfelder bis 2027 erhalten, wobei als Gegenleistung Investitionen von u\$ 320 Mio. und eine ausserordentliche Zahlung an die Provinzverwaltung von u\$ 22,8 Mio. verpflichtet wurden.**

\*\*\*

**Der Vorsitzende des Verbandes der Holzindustrie, Pablo Cwik, erklärte, dass diese Industrie einen Rückgang von 40% bis 50% erlebe. Der Export sei praktisch auf Null gesunken. Die Preise für Möbel seien seit August unverändert geblieben, so dass die Industrie die Kostenzunahmen schlucken musste.**

\*\*\*

**Die Zeitung "La Nación" veröffentlicht in ihrer Montag-Ausgabe die Bilanzzahlen von Aerolíneas Argentinas für Januar. Das Defizit betrug u\$ 15,56 Mio., gegen u\$ 14,11 Mio. im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der zahlenden Passagiere betrug 2009 423.091, gegen 561.587 im Vorjahr und die Gesamtzahl der Passagiere 430.893, gegen 567.168 im Vorjahr. Die Gesamteinnahmen lagen mit u\$ 83,06 Mio. um 25,78% unter dem Vorjahr. Die Brennstoffkosten lagen mit u\$ 22,98 Mio. um 56,7% unter dem Vorjahr; ohne die Erdölbaisse, die 2008 eingetreten ist, wäre der Verlust noch viel höher gewesen.**

\*\*\*

**Die Arcor-Gruppe hat von der Weltbanktochter ICF ("International Finance Corporation") Mitwirkung an einem Bankkredit von insgesamt u\$ 70 Mio. beantragt, zu dem verschiedene Banken mit u\$ 50 Mio. beitragen. Die Mittel sollen zum Teil für die Refinanzierung kurzfristiger Passiven und zum anderen Teil zur Teilfinanzierung des Investitionsprogrammes in Höhe von u\$ 120 Mio. dienen, das die Firma für die nächsten 24 Monate in ihren Fabriken in Argentinien und Brasilien vorgesehen hat.**

\*\*\*

**Aerolineas Argentinas kauft 20 Flugzeuge von der brasilianischen Embraer für insgesamt u\$ 700 Mio., die mit einem Kredit auf 12 Jahre der brasilianischen Entwicklungsbank (BNDES) finanziert werden. Es handelt sich um Flugzeuge des Modells EMB 190 für 100 Passagiere und einer Reichweite von 6.000 Meilen, die als Ersatz der alten Boeing 737-200 gedacht sind, wobei diese jedoch eine höhere Kapazität haben. Die BNDES-Bank hat Ende der Vorwoche den Kredit genehmigt, der mit der Garantie des argentinischen Staates zählen muss, was ein Gesetz erfordert. Diese Embraer-Flugzeuge werden schon von Aeromexico, TACA und regionalen Luftfahrtgesellschaften in USA und Europa eingesetzt. Aerolineas Argentinas übernimmt auch einen Teil der Flugzeuge, die Marsans bei Airbus bestellt hat, und hat ausserdem weitere bei Boeing in Auftrag gegeben. Hier ist eine bedeutende Expansion im Gange, die die Staatsfinanzen stark belasten wird.**

\*\*\*

**Die Preise für Benzin und Diesel-treibstoff wurden letzte Woche allgemein um 3% bis 5%, aber auch bis zu 8% erhöht, was von den Unternehmen durch die Abwertung erklärt wurde. Superbenzin kostete jetzt \$ 2,799 pro Liter und Dieseltreibstoff durchschnittlich \$ 2. Premium-Benzin von YPF kostet jetzt \$ 2,249 pro Liter.**

\*\*\*

**Die USA-Versicherungsgesellschaft CIT-Group ist von einer Klage gegen Argentinien in Höhe von u\$ 124 Mio. plus Zinsen vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID (Spanisch CIADI) zurückgetreten, die sie 2003 eingeleitet hatte. Es handelte sich dabei um den Schaden, den die Firma bei einem Leasing-Vertrag in Dollar erlitten hatte, der 2002 eins zu eins in Pesos umgewandelt worden war. CIT hatte sich dabei auf den bilateralen Vertrag zwischen Argentinien und den USA über Schutz und Förderung von Investitionen berufen. Aus welchen Grund CIT jetzt aufgegeben hat, wurde nicht mitgeteilt.**

\*\*\*

**Das Steueramt (das von der AFIP abhängt) hat bei Inspektionen in 8.000 Shopping-Centers im ganzen Land festgestellt, dass 30,6%, gleich 23.000 Personen, der Angestellten schwarz arbeiteten. Die Unternehmer haben jetzt die Möglichkeit, diese Angestellten zu legalisieren.**

\*\*\*

**Der Direktor für Einnahmen des Systems der Sozialen Sicherheit in der AFIP (die sich mit dem Inkasso für das ANSeS befasst), Iván Budassi, gab bekannt, dass das Weisswashingtonsgesetz schon dazu geführt habe, dass es 80.000 geförderte Arbeitsplätze gebe, die bisher schwarz waren und jetzt 50% der Sozialbeiträge im ersten Jahr und 75% im zweiten zahlen. Budassi erklärte beiläufig, dass die AFIP jetzt über 2.000 Beamte zähle, die aus den privaten Rentenkassen stammen, die für die Kontrolle der Schwarzarbeit eingesetzt worden seien.**

\*\*\*

**Der Rindfleischexport lag im Januar mit 36,931 t um 19,1% unter dem**

gleichen Vorjahresmonat, und wertmässig mit u\$ 117,2 Mio. um 23,7% niedriger. Von den Käufern lag Venezuela an erster Stelle, gefolgt von Russland.

\*\*\*

Während die Restaurants im allgemeinen einen starken Rückgang der Kundschaft erleben, vornehmlich in der Bundeshauptstadt, wo an die 300 Restaurants geschlossen haben, spürt die Kette McDonald's kaum etwas von der Krise. Der Umsatz stieg in laufenden Werten im 1. Quartal 2009 gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 15% und hat sich in Mengen kaum verändert. Die Firma führt dies zum Teil auf den Übergang der Kunden von

teuren Restaurants auf "fast food-Ketten" zurück. Die bedeutende Lohnerhöhung, die die Gewerkschaft bei der Gastronomie letztes Jahr durchgesetzt hat, hat sich bei gewöhnlichen Restaurants stärker auf die Preise ausgewirkt als bei McDonald's u.a. Selbstbedienungsrestaurants, die weniger arbeitsintensiv sind.

\*\*\*

Bei den Verhandlungen zwischen argentinischen und brasilianischen Unternehmern, die letzte Woche stattfanden, haben die argentinischen Fabrikanten von Batterien eine Verringerung des Kontingentes von 1,5 Mio. Einheiten pro Jahr auf 600.000 für 2009 gefordert. Es wurde noch kein Beschluss gefasst.

## Wirtschaft laut INDEC in Januar gewachsen

Das Statistische Amt (INDEC) berichtet, dass der EMAE-Index für Januar eine Zunahme von 2,3% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und von 0,3% gegenüber Dezember (mit Saisonbereinigung der Zahlen) verzeichnet. Dieser Index ("Estimador Mensual de la Actividad Económica"), der 2002 vom damaligen Wirtschaftsminister Roberto Lavagna eingeführt wurde, ist eine grobe Schätzung des Bruttoinlandsproduktes (BIP), wobei die Abweichung gegenüber diesem bisher gering waren. Im Januar 2008 betrug die interanuelle Zunahme des EMAE 10,8%, und in den letzten Monaten 2008 waren es noch um die 4%. Somit gibt das INDEC auf alle Fälle eine betonte Verlangsamung des Wachstums zu.

Indessen bestehen gut fundierte Zweifel darüber, ob die Wirtschaft im Januar überhaupt gewachsen ist. Die Consulting-Firma Orlando Ferreres & Partner hat für Januar einen interanuellen Rückgang von 2,9% und

für Februar einen von 4,6% ermittelt. Objektive Daten deuten auf alle Fälle auf einen Rückgang hin: die Weizernte, die zum grossen Teil auf Januar entfällt, war dieses Jahr etwa halb so gross wie im Vorjahr, die Dürre hat die landwirtschaftliche Produktion im Januar allgemein beeinträchtigt, der landesweite Stromkonsum lag im Januar um 1% unter dem Vorjahr, die Rohstahlproduktion lag um 32% niedriger, und die von Kfz sank um 54,6%. Der Index der Industrieproduktion von Ferreres weist für Januar eine interanuelle Abnahme von 9% und der von FIEL eine von 11,4% auf, und sogar das INDEC gibt eine Abnahme von 4,6% zu. Fast sämtliche Zahlen weisen für Januar auf einen Rückgang hin, der in entscheidenden Fällen so gross ist, dass man sogar bezweifeln kann, ob Ferreres mit einem Minus des BIP von fast 3% nicht zu optimistisch ist. Dass der Dienstleistungsbereich das Absinken der realen Bereiche mehr als ausgeglichen haben soll, ist auch nicht

glaubhaft. Es gibt allein in der Bundeshauptstadt 300 Restaurants weniger als ein Jahr zuvor und auch bei anderen Tätigkeiten bestehen betonte Rezessionszeichen.

Das Statistische Amt hat mit der Fälschung des Indices der Konsumtenpreise begonnen, und scheint die Manipulierung der Statistiken zu politischen Zwecken jetzt allgemein eingeführt zu haben. Ein Skandal! Jetzt hat die Regierung noch angeordnet, dass die Statistik über landwirtschaftliche Produktion nicht mehr veröffentlicht werde, wobei die Ernteschätzungen, die normalerweise im März bekanntgegeben werden, dieses Mal nicht veröffentlicht wurden. Indessen besteht auf diesem Gebiet stets die Möglichkeit, die Statistik des Landwirtschaftsdepartements der USA (USDA) zu verwenden, die auf Satellitenaufnahmen und deren Interpretation durch Fachleute beruhen und auch für Argentinien sehr zuverlässig zu sein pflegen.

## Die gefälschte Industriestatistik des INDEC

Der Index der Industrieproduktion des Statistischen Amtes (INDEC), genannt "EMI" (Estimador Mensual Industrial), der auf der Grundlage kurzfristig verfügbarer Daten berechnet wird (und somit unvollständig ist), hat für Februar einen interanuellen Rückgang von nur 1,1% ergeben. Das Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL ist auf ein minus von 9,5% gelangt, die Consulting-Firma Orlando Ferreres auf minus 10,3% und Analytica, von Ricardo Delgado auf minus 7,5%. Die Daten, auf denen diese privaten Berechnungen fussen, sind praktisch die gleichen, die das INDEC verwendet. Die hohe Diskrepanz zwischen der INDEC-Zahl und der von privaten Wirtschaftlern zeigt, dass auch hier das Statistische Amt eine grobe Fälschung vollzieht. Schlimm!

Gemäss INDEC ergeben sich im einzelnen im Februar folgende Abnahmen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat:

Automobile, Lastwagen u.dgl .....	-48,3%
Stahl .....	-27,7%
Textilien .....	-13%
Erdölraffinerien .....	-8,7%
Kfz-Reifen .....	-6,7%
Zement .....	-6,3%

Demgegenüber verzeichnet das INDEC folgende Zunahmen:

Glas .....	+13,8%
Andere Baumaterialien .....	+14,1%
Zucker und Süssigkeiten .....	+17,6%
Rindfleisch .....	+16,3%
Pharmaprodukte .....	+15%
Seifen, Detergenzien u.dgl .....	+14,1%
Papier .....	+7,7%
Aluminium .....	+7,2%

Die Kfz-Industrie wirkt sich direkt auf zahlreiche Zulieferanten aus, die von Stahl auf die gesamte Metallindustrie und die von Textilien auf die Bekleidungsindustrie, die statistisch hier nicht erfasst wird. Diese Rückgänge haben somit eine starke Breitenwirkung, die bei den Sparten, die Zunahmen aufweisen, nur in wenigen Fällen besteht. Es ist somit nicht glaubwürdig, dass die starken Abnahmen, die oben verzeichnet werden, zum grössten Teil durch die weiter unten ausgewiesenen Zunahmen ausgeglichen wurden. Würde man die Berechnung des Indices noch auf die Holz- und Möbelindustrie, auf Konfektion, Gerbereien und Schuhe u.a. Produkte ausdehnen, die im EMI nicht enthalten sind, so würde das Ergebnis wahrscheinlich noch negativer ausfallen.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Die Landwirtschaft im Trubel der Politik

Argentinien lebt von seiner Landwirtschaft. Diese grundsätzliche Tatsache erhält gegenwärtig eine grössere Bedeutung, da die Überwindung der Rezession im Wesen von der Landwirtschaft abhängt. Im Gegensatz zur Krise der 30er Jahre, die zu einer phänomenalen Baisse

der Preise der landwirtschaftlichen Commodities führte, hat die gegenwärtige Weltrezession sich kaum auf die Preise dieser Güter ausgewirkt, die vornehmlich dank China gute Preise verzeichnen, und im Gegensatz zu industriellen Gütern, ohne Schwierigkeiten verkauft

werden. Z.B. liegt Sojabohne mit etwa u\$ 350 je Tonne zwar weiter unter der Spitze von fast u\$ 600 von Mitte 2008, aber etwa doppelt so hoch wie vor einem Jahrzehnt. Langfristig gesehen ist es ein guter Preis. Die Krise könnte somit in Argentinien bald überwunden werden,

sofern die Produktion von Getreide und Ölsaaten unmittelbar zunimmt.

Zudem hat die Landwirtschaft einen technologischen Stand und eine Dynamik erreicht, die ohne Schwierigkeiten eine weitere Erhöhung der Produktion erlauben. Die Ernte von Getreide und Ölsaaten der Periode 2007/08 erreicht 96 Mio. Tonnen und die von 2008/09 liegt schätzungsweise zwischen 70 und 75 Mio Tonnen. In den letzten Wochen hat es im ganzen Land gut geregnet, und nach einem äusserst trockenen Jahr, wie es 2008 war, ist ein Jahr mit normalen Regenfällen (eventuell mit einem Ausgleich nach oben) zu erwarten. Wenn man somit den schleichenden technologischen Fortschritt berücksichtigt, so könnte die Ernte 2009/10 über 100 Mio. t liegen. Das würde sich sofort auf die Wirtschaft auswirken, da dann zunächst mehr gepflügt und mehr gedüngt wird, und die Landwirte allgemein mehr kaufen, auch auf Kredit.

Die Rinderwirtschaft erlebt gegenwärtig eine rückläufige Tendenz, mit Abbau des Kuhbestandes und geringeren Geburten, wegen der Dürre des letzten Jahres, die dazu geführt hat, dass weniger Kühe trächtig wurden und die Geburtenrate in diesem Frühling voraussichtlich weit unter dem "normalen" Koeffizienten von leicht über 60% liegen wird. Doch auch auf diesem Gebiet hat ein technologischer Fortschritt eingesetzt, der es erlaubt, die Tendenz kurzfristig umzukehren. Man weiss, wie man die Geburtenrate erhöhen kann (sie sollte durchschnittlich bei 80% liegen), wie man die Sterblichkeit verringert und wie man die Rinder auf ein höheres Gewicht bringt. Feed-lots waren vor einem Jahrzehnt noch eine Kuriosität, und heute gibt es schon über 300, die ausserdem immer grösser werden. Bei der Rinderwirtschaft muss man allerdings eine Durststrecke durchlaufen, da die Erhöhung des Bestandes unmittelbar zu einem geringeren Angebot führt. Hier muss man langfristig denken und sich dabei bewusst sein, dass die Rindfleischproduktion in wenigen Jahren gut um 50% erhöht werden kann. Bei der Milchwirtschaft liegt der Fall ähnlich.

Die Landwirtschaft hat, mit der Industrie, die landwirtschaftliche Produkte verarbeitet und der, die sie beliefert, und mit Dienstleistungen, die von ihr direkt oder indirekt abhängen,

einen Anteil von über 50% am Bruttoinlandsprodukt. An den Exporten machen landwirtschaftliche Produkte und die Industrieprodukte, die auf ihnen fussen, etwa zwei Drittel aus. Es handelt sich ausserdem um den konkurrenzfähigsten Bereich der argentinischen Wirtschaft. Landwirtschaftliche Produkte verlangen heute einen Exportzoll von bis zu 20% (aber nicht 35%!), während die meisten reinen Industrieprodukte einen Schutzzoll erfordern, um überleben zu können.

Bei dieser Konstellation ist die Verlegung der Landwirtschaftspolitik in den Bereich der reinen Wahlpolitik, mit Hass und Rache als Hauptmotivation, heller Wahnsinn. Die Kirchners haben aus den Landwirten ihre politischen Gegner gemacht und verfolgen sie brutal, wie es ihrer Gewohnheit entspricht. Doch dabei wird auch die Möglichkeit zunichte gemacht, die Krise durch eine Produktionserhöhung zu überwinden. Die wichtigen Entscheidungen bezüglich Landwirtschaftspolitik müssten unmittelbar getroffen werden, nämlich vor der Saatperiode, die beim Weizen im Juni beginnt. Es ist eine wahre Tragödie für das Land, dass diese Periode mit der Wahlkampagne zusammenfällt, während der man von den Kirchners überhaupt kein Verständnis für die Landwirtschaft erwarten kann.

Die unmittelbare Erhöhung der Produktion von landwirtschaftlichen Exportprodukten sollte bei der Wirtschaftspolitik absolute Priorität haben. Das ist die Voraussetzung, damit die Wirtschaft bald wieder auf eine Wachstumsphase übergehen kann, die mit mehr Beschäftigung und einer Entschärfung der sozialen Problematik begleitet wird. Das setzt jedoch voraus, dass die Landwirtschaft allgemein ein höheres Einkommen erhält, was unmittelbar auf Kosten des Einkommens der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung geht, also auch auf Kosten des Reallohnes. Und das wollen die Kirchners eben verhindern. Doch wenn sie keine Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens dulden, dann wird auch die Produktion stagnieren oder bestenfalls nur wenig steigen.

Die Landwirte brauchen ein höheres Einkommen, einmal um intensivere Bebauungsmethoden, mit mehr Düngung, mehr Einsatz von Insekten- und Unkrautvertilgungsmitteln

u.a. Chemikalien, und intensiver Bearbeitung der Felder, eventuell in trockenen Gegenden auch mit Bewässerung, durchzuführen. Dann ist auch der höhere Preis notwendig, um den Anbau von Getreide und Ölsaaten, vornehmlich Sojabohne, und auch die Rinderwirtschaft, auf Grenzgebieten auszudehnen. Beim gegenwärtigen Preis, der bei Sojabohne durch den Exportzoll von 35% besonders gedrückt wird, beschränkt sich der Anbau auf die zentralen Gegenden, wo die Natur hohe Erträge herbeiführt, und auf ertragserhöhende, aber teure Technologie, teilweise verzichtet werden kann.

Diese Regierung will jedoch den Landwirten in den guten Gegenden den Differenzialgewinn nicht gönnen, der sich bei höheren Preisen für ihre Produkte ergibt. Allein, für die Abschöpfung eines guten Teils dieses Extragewinnes ist die Gewinnsteuer da, die immerhin 35% beträgt, was gewiss nicht wenig ist. In Wirklichkeit ist der Satz bei der Landwirtschaft noch höher, weil es keine Inflationsberichtigung der Bilanzen für steuerliche Zwecke gibt.

Die Regierung muss sich dabei nur darum kümmern, dass diese Steuer nicht so stark hinterzogen wird, wie es effektiv der Fall zu sein scheint. Das sollte nicht so schwierig sein, da die Produktion von Getreide und Ölsaaten schliesslich durch wenige Exportkanäle fliesst und sich sonst auf relativ wenige lokale Industrien konzentriert (Weizenmühlen, Ölfabriken u.a.). Auch bei der Rinderwirtschaft, der Milchwirtschaft u.a. Bereichen liegt der Fall ähnlich: es genügt mit einer Kontrolle der Schlachthäuser und der Betriebe, die Milch verarbeiten. Eine private Kontrolle an den Konzentrationsorten, die die Landwirte nicht umgehen können, würde dem Steueramt die notwendige Information über verkaufte Mengen liefern und den Fall lösen. Allein, die Kirchners wollen keine privaten Kontrollen, und die Landwirte selbstverständlich auch nicht. Somit hat das Einkommensproblem eben keine rationelle Lösung. Die Umverteilung des landwirtschaftlichen Einkommens an Arbeiter u.a., so wie sie die Kirchners paktizieren, geht auf Kosten der Produktion, so dass schliesslich auch diejenigen geschädigt werden, die aus dieser Politik Vorteile erhalten sollten.

## Fragwürdige Armutsstatistik

Das Statistische Amt (INDEC) hat Ende der Vorwoche die Zahlen über Armut und Elend bekanntgegeben, die zwei Mal im Jahr berechnet werden. Von der Gesamtbevölkerung waren im 2. Halbjahr 2008 15,3% arm und 4,4% (die ein Teil der Armen sind) befinden sich im Elend, d.h. sie haben nicht genug zu essen, um sich zu erhalten. Im 1. Halbjahr 2008 waren es noch 17,8%, bzw. 5,1%, so dass laut INDEC eine Besserung im Laufe des Jahres stattgefunden hat. Doch der Experte Ernesto Kritz, von der Consulting-Firma SEL (Sociedad de Estudios Laborales), der sich auch ernsthaft mit diesem Thema befasst, gelangt für das 2. Halbjahr 2008 auf einen Armutskoeffizienten von 32,3%, was bedeutet, dass 11,5 Mio. Menschen als arm eingestuft werden, davon 3,9 Mio. als Elend. Für den Deputierten und CGT-Wirtschaftsberater Claudio Lozano liegt die Armut zwischen 29,8% und 37,5% und das Elend zwischen 12,2 und 15,7%. Halten wir fest, dass im 1. Halbjahr 2003 das INDEC den Anteil der Armen an der Bevölkerung mit 54% und der Elenden mit 28% ermittelt hat. Seither hat eine ständige Abnahme stattgefunden, die jedoch für die Kritiker schon 2007 aufgehört hat.

Die grossen Differenzen zwischen diesen privaten Zahlen und den

offiziellen beruhen auf der Fälschung des Indices der Konsumentenpreise. Wenn von der INDEC-Preiszunahme ausgegangen wird, dann ist das reale Einkommen der Bevölkerung stark gestiegen. Wenn man hingegen wirkliche Preiszunahmen nimmt, dann kommt man zu einem anderen Ergebnis. Graciela Bevacqua, die bis zum 31.1.07 für die Preistatistiken des INDEC verantwortlich war, hat mit einer Gruppe von Professoren und Studenten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Buenos Aires, die in einem Forschungszentrum derselben arbeiten, eine Berechnung über die Preisentwicklung zwischen Oktober 2006 und Dezember 2008 durchgeführt. Während für das INDEC die Einzelhandelspreise in dieser Periode nur um 20% gestiegen sind, gelangt diese Studiengruppe auf über 50%. Das Statistische Amt der Provinz San Luis hat seinerseits für diesen Zeitraum eine Zunahme von 53% ermittelt.

Bei einer rein mathematischen Betrachtung dürften somit die Schlussfolgerungen von Kritz, Lozano u.a. der Wirklichkeit näher sein als das Statistische Amt. Aber das Problem liegt grundsätzlich anders. Würde es effektiv an die 4 Mio. Menschen geben, die im Elendzustand le-

ben, dann müsste man in vielen Gegenden einen Anblick wie in Kalkutta oder Biafra vorfinden, mit Menschen die Haut und Knochen sind. Das gibt es jedoch in Argentinien nirgends. Die Bevölkerung ist allgemein ausreichend ernährt, auch wenn in vielen Fällen falsch, so dass Menschen mit dicken Bäuchen auftreten, oder sie haben Krankheiten, die sich aus ihrer verkehrten Ernährung ergeben. Auch bei Kindern wird oft ungenügende Nahrung mit der Tatsache verwechselt, dass sie Parasiten haben, die den Kindern den Appetit nehmen und ausserdem von ihrer Nahrung wesentliche Komponenten stehlen. Etwa 4 Mio. Kinder sollen angeblich unter Parasiten leiden. Das sollte gewiss nicht sein, da sich dies mit wenig Geld heilen lässt.

Bei der Armutsstatistik müssen wir folgende Punkte berücksichtigen:

Die Statistik fusst auf einer Erhebung von etwa 10.000 Familien, die in städtischen Gegenden wohnen, wobei das Ergebnis auf die gesamte Bevölkerung hochgerechnet wird. Aber in den ländlichen Gegenden liegt der Fall anders; dort besteht viel Eigenproduktion von Nahrungsmitteln, und auch im Einzelhandel sind Fleisch, Gemüse und Obst in der Regel billiger.

Die Naturaleinkommen werden bei der Armutsstatistik nicht berücksichtigt. Die Zahl der kleinen Obst- und Gemüsegärten, eventuell noch mit Hühnern und gelegentlich auch Kaninchen und Schweinen, ist sehr gross. Der Plan Pro Huerta, der Anfang der 90er Jahre in Gang gesetzt wurde, umfasst gegenwärtig über 500.000 solcher Gärten, zu denen noch viele andere kommen, die auf eigene Initiative errichtet worden sind. Das Programm Pro Huerta besteht darin, dass das technologische Institut der Landwirtschaft (INTA), bei Mitwirkung des Ministeriums für Soziale Entwicklung, Familien mit einem relativ kleinen Grundstück Samen und Technologie zur Verfügung stellt und sie berät und unterstützt. Das System wurde auch bei Schulen und Gemeinschaftsinitiativen angewendet. Es wird damit gerechnet, dass über 2 Mio. Menschen ihre Nahrung zum Teil allein durch das Pro Huerta-Programm beziehen. Zählt man auch andere Gemüsegärten hinzu, gelangt man bestimmt auf über 3 Mio. Menschen. Pro Huerta war ein sehr erfolgreiches Programm der Menem-Regierung, bei dem mit wenig Geld enorm viel erreicht wurde. Es wurde auch nach Menem weitergeführt, aber mit weniger Schwung.

In einigen Gegenden kommt das Ergebnis vom Fischfang, eventuell auch von der Jagd, hinzu. Auch das trägt zur Ernährung bei.

In ärmeren städtischen Gegenden pflegen die Gemüsehändler armen

Familien Restbestände, die kurz vor dem Verderben stehen, ganz billig zu verkaufen und gelegentlich sogar zu schenken. Auch Metzger verkaufen ihnen Teile des Leibes, die sie sonst nicht unterbringen können, zu Schleuderpreisen.

Personal, das in Restaurants arbeitet, pflegt Gratisernährung zu erhalten, wobei sogar überschüssige Nahrungsmittel nach Hause genommen werden, bevor sie verderben.

Es bestehen sehr viele Lokale, in denen gemeinnützige Organisationen eine unentgeltliche Mahlzeit für arme Leute, vornehmlich Kinder, bieten. In den Schulen erhalten die Kinder meistens auch eine Mahlzeit. Und schliesslich besteht in Argentinien eine hohe soziale Solidarität, vornehmlich im Bereich der Familien im weiteren Sinn, so dass sich Freunde oder Verwandte, die nichts zu essen haben, auch an den Familientisch setzen.

Schliesslich haben viele arme Leute Gelegenheitseinkommen, die statistisch nicht erfasst werden, jedoch gesamthaft sehr bedeutend sind, die sie über Wasser halten. Die Umfragen des INDEC sind zu oberflächlich, um dies zu erfassen.

Wenn man alle diese aufgeführten Tatsachen zusammenzählt, dann gelangt man zum Schluss, dass die Armen in den meisten Fällen weniger arm sind, sich auf alle Fälle ernähren, und auch in Zahl weniger sind, als statistisch angegeben wird. Und bei denjenigen, die als Elend eingestuft werden, dürfte der Fall noch ausgeprägter sein.

Gewiss besteht in Argentinien ein Armutsproblem, das vornehmlich in unwürdigen Wohnbedingungen in Elendsvierteln zum Ausdruck kommt. Es besteht kein Zweifel, dass auf diesem Gebiet noch viel getan werden muss und gewiss getan werden kann. Aber das Schlimmste, was man hier tun kann, ist die Übertreibung der Zahlen, wie sie das INDEC auch auch die privaten Wirtschaftler betreiben, die sich mit dem Thema befassen. Denn wenn die Armut und das Elend so enorm sind, dann erscheint das Problem als unlösbar, und dann wird nichts getan. Oder was getan wird, erscheint als ein Tropfen auf den heissen Stein; und das interessiert die Politiker nicht.

# MAXINTA

**Casa de Cambio  
Sociedad de Bolsa**

**Máximo Intaglietta  
Fernán Peralta Ramos  
Magdalena Brennan  
Carola Seleguan**

Sarmiento 378 6° y 7° 5278-4400